

Christina Schenk

## **Die PDS und der Feminismus - ein noch ungeklärtes Verhältnis<sup>\*</sup>**

### 1. Die Schwierigkeiten mit dem Begriff

### 2. Die Feminismen und was die Linken damit zu tun haben

2.1. Was ist Feminismus und welche Richtungen gibt es

2.2. Die Notwendigkeit der Modernisierung des linken Selbstverständnisses

### 3. Linke feministische Politik und ihre Voraussetzungen

3.1. Was linker Feminismus alles NICHT ist

3.2. Zum feministischen Politikverständnis

3.3. Strukturelle Voraussetzungen

### 4. Feministische Politik im Bundestag

4.1. Die PDS-Bundestagsgruppe und der feministische Ansatz

4.2. Zwei Möglichkeiten Oppositionspolitik zu machen

### 5. Die PDS und der Feminismus

5.1. Was macht die Sache so schwierig?

5.2. Stand der Dinge

### 6. Ausblick

### Lesetips

---

<sup>\*</sup> veröffentlicht in der Schriftenreihe „controvers. Diskussionsangebot der PDS“, herausgegeben von der Grundsatzkommission der PDS. Ausgabe März 1996, S. 28-47.

## 1. Die Schwierigkeiten mit dem Begriff

Der Begriff "Feminismus" ist noch immer ein Reizwort, das bei nicht wenigen Leuten die abstrusesten Assoziationen hervorruft. Da wird zum einen gemeint, Feminismus sei eine hysterische Kampfansage an alle Männer oder es wird vermutet, Feminismus sei so etwas wie die Ideologie der lesbischen Lebensweise oder einfach nur ein anderes Wort für Frauenpolitik.

Warum ist das so, weshalb ruft der Begriff solche Irritationen hervor? Ein Blick in die Geschichte kann da helfen. In der DDR gab es den Begriff im öffentlichen Raum nicht. Lexika und Fremdwörterbücher enthielten - noch in den 80er Jahren - ausschließlich irreführende Definitionen. Feminismus sei eine Hormonstörung bei Männern, die zu einer "Verweiblichung" bzw. zu "weiblichen" Eigenschaften oder "weibischem Verhalten" bei Männern führe, hieß es dort. Es hat in der Öffentlichkeit in der DDR nur eine denunziatorische Verwendung dieses Begriffes gegeben. Nur in oppositionellen Frauengruppen unter dem Dach der Kirche und in einigen Diskussionszusammenhängen von Frauen im und aus dem wissenschaftlichen Bereich war Feminismus ein Thema und z.T. Quelle des politischen Selbstverständnisses.

Ende der 70er Jahre hatte die SED verkündet, daß die Frauenfrage als solche gelöst sei. Es gab keine öffentlichen Debatten über patriarchale Strukturen, die auch in der DDR - wenn auch nicht in dem krassen Maße wie in der BRD - fortexistierten. Es hat also keine Auseinandersetzungen mit dem Patriarchat, das heißt mit der Dominanz, mit der Herrschaft von Männern in allen Bereichen der Gesellschaft gegeben.

Die PDS verfügt somit nicht über eine feministische Denktradition. Die PDS ist als moderne linke Partei noch relativ jung und der Feminismus ist für die meisten in dieser Partei neu und zunächst ebenso fremd wie die Ökologie, wie der Pazifismus, wie Basisdemokratie, wie die Gleichwertigkeit der lesbischen bzw. schwulen Lebensweise oder die Vorstellung, daß wir in der Einen-Welt leben.

In der alten BRD war Feminismus die Bezeichnung für die Theorie und Praxis der Ende der 60er Jahre entstandenen Neuen Frauenbewegung, deren Hintergrund sowohl die amerikanische Bürgerrechtsbewegung als auch die westeuropäische StudentInnenbewegung waren. Im allgemeinen Sprachgebrauch blieb auch hier der Begriff negativ besetzt. Die Boulevardpresse benutzt ihn auch heute noch als Synonym für Frauen, denen ein militantes, gegen Männer gerichtetes Emanzipationsverständnis unterstellt werden soll.

Bei den westdeutschen Linken ist der Feminismus ebenfalls kein integrierter Bestandteil ihres Denkens. Dort hat lange Zeit die Theorie vom Haupt- und Nebenwiderspruch eine große Rolle gespielt. Mit Hauptwiderspruch war der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit gemeint und es galt als selbstverständlich, daß sich mit dessen Lösung auch die Frauenfrage ganz automatisch erledigen würde. Ein Blick in die DDR hätte gezeigt, daß dem nicht so ist.

Auch bei den vielgerühmten und vieldiskutierten Achtundsechzigern war es so, daß die Frauen in der Regel Kaffee kochten, während die Herren theoretisierten und die nächsten Aktionen planten. Aber immerhin wurden die legendären Tomatenwürfe in Frankfurt/Main, mit denen sich 1968 aufbrachte Frauen gegen die permanente Ignoranz ihrer „Kampfgefährten“ zur Wehr

setzten, zum Ausgangspunkt für die neue (west)deutsche Frauenbewegung<sup>1</sup>. Dies war seinerzeit ein sehr deutliches Indiz, daß die Linke ohne Feminismus auszukommen glaubte bzw. ihn nie richtig verstanden hat. Es ist durchaus zweifelhaft, ob sich da bis jetzt viel geändert hat.

## 2. Die Feminismen und was die Linken damit zu tun haben

### 2.1. Was ist Feminismus und welche Richtungen gibt es

Der Begriff Feminismus geht auf den utopischen Sozialisten Charles Fourier zurück, der zu Beginn des 19. Jahrhundert die These formulierte, daß der Grad der Befreiung der Frau Prüfstein einer jeden Gesellschaft und allgemeinsten Maßstab der menschlichen Emanzipation sei. Heute bezeichnet er die Theorie der Neuen Frauenbewegung, deren allgemeinstes Ziel die Abschaffung des Patriarchats ist.

Das Patriarchat wiederum bezeichnet - im hier diskutierten Kontext - die Vorrangstellung des Mannes in Gesellschaft, Politik, Familie und Kultur, also die Herrschaft bzw. Dominanz des männlichen Geschlechts und damit zugleich die hierarchische Ordnung der Geschlechterverhältnisse in Familie und Gesellschaft.

Den einen Feminismus gibt es nicht. Zwar haben alle Strömungen und Richtungen dasselbe Ziel, aber darüber, wie das Patriarchat entstanden ist und wie es zu bekämpfen sei, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Folgende Grundorientierungen lassen sich ausmachen:

- Der *Bürgerliche bzw. konservative Feminismus* fordert gleiche Rechte für Frauen und Männer, ohne die Strukturen der Gesellschaft und deren männliche Muster in Frage zu stellen;
- Der *Biologistische Feminismus* geht von der Annahme aus, daß Männer und Frauen von Natur aus grundsätzlich verschieden sind. Grundlage ist ein Weiblichkeitsmythos, der Mutterschaft, Körper, Natur und Gefühl ins Zentrum der weiblichen Identität stellt und meint, es käme darauf an, daß Frauen sich "wieder" auf "weibliche Werte und Fähigkeiten" besännen, "weibliche Identität" solle sich autonom entwickeln und sich nicht an "männlichen" Bedürfnissen orientieren;
- Der *autonome bzw. radikale Feminismus* hat sich in der bewußten Absage an jegliche Form der Kooperation mit den Institutionen des Staates entwickelt. Diese Richtung geht davon aus, daß der Sexismus, d.h. die Diskriminierung der Frau aufgrund ihres Geschlechts, die elementarste Form menschlicher Unterdrückung sei, aus der sich alle übrigen Formen von Unterdrückung ableiten lassen. Entscheidend für die Beseitigung patriarchaler Verhältnisse sei der Aufbau einer Gegenkultur, die in von männlichem Einfluß und männlicher Dominanz freien Frauenzusammenhängen entwickelt wird und "subversive" Wirkungen in die Gesellschaft hinein entfalten soll.
- Der *Sozialistische Feminismus* geht davon aus, daß die jeweilige Form des Patriarchats in einem ganz engen Zusammenhang mit der Produktionsweise einer Gesellschaft steht und zudem geprägt wird durch die jeweiligen kulturellen Traditionen. Die jeweils herrschenden Wert- und Normvorstellungen, das Selbstverständnis und das Selbstbild, das Männer und Frauen haben

---

<sup>1</sup> Ute Scheub: „Die Frau, die die Tomate warf“, taz 12.1.96

und der Umgang der Geschlechter miteinander sind beispielsweise in Spanien anders als in der Bundesrepublik Deutschland und dort wieder anders als in Schweden oder in der DDR.

Für die materialistische und sich auf den marxistischen Denkansatz berufende Linke, die von der Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeht, sind nur die beiden letztgenannten Feminismusvorstellungen interessant und wichtig. Der linke politische Ansatz zur Aufhebung des Geschlechterverhältnisses als Rang- und Machtverhältnis in allen gesellschaftlichen Bereichen umfaßt drei Bestandteile:

Erstens gehört zum linken Feminismus die Analyse aller gesellschaftlichen Bereiche hinsichtlich der unterschiedlichen sozialen Stellung von Männern einerseits und Frauen andererseits - die sich unabhängig von der jeweils individuellen Situation einzelner Männer oder einzelner Frauen anhand einer Vielzahl von Indikatoren beschreiben läßt - und der sich daraus ergebenden Macht- und Dominanzverhältnisse.

Zweitens gehört zum linken Feminismus das Benennen der Mechanismen und Strukturen die dazu führen, daß sich die patriarchalen Verhältnisse immer wieder neu herstellen. Dazu gehört auch, die Träger und die Trägerinnen(!) dieser Strukturen zu benennen sowie die jeweiligen gesellschaftlich gesetzten Hintergründe und die sich daraus ergebenden Interessenkonstellationen aufzudecken.

Drittens gehört zu einem linken Feminismus die Entwicklung von Strategien gegen die patriarchalen Verhältnisse, also gegen die sich immer wieder neu herstellende Herrschaft von Männern. Hierzu gehört der Versuch, auf verschiedene Weise Gegenmechanismen und subversive antipatriarchale Strukturen zu installieren.

Linke feministische Politik ist kein Ressort, kein eigenständiges Politikfeld, sondern eine Art und Weise, die Gesellschaft zu sehen. Sie ist demzufolge eine Querschnittsaufgabe mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen zu sichern oder herzustellen oder zumindest den Weg dahin zu gehen. Das bedeutet **nicht** die Anpassung von Frauen an männliche Lebensmuster, sondern das Gestalten neuer Bedingungen und Maßstäbe, die gleiche Voraussetzungen für alle gewährleisten. Es geht darum, daß das Geschlecht aufhört, eine Kategorie zu sein, die die Entwicklungschancen, den Zugang zu Wissen, Macht und Entscheidungsprozessen determiniert. Dies ist ohne eine ganz tiefgehende Infragestellung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu realisieren. Der linke Feminismus ist sowohl radikale Gesellschaftskritik als auch die Konzeptualisierung einer humanen und demokratischen Gesellschaft.

## 2.2. Die Notwendigkeit der Modernisierung des linken Selbstverständnisses

Feministin zu sein, bedeutet noch nicht, sich als links zu begreifen, aber kann man sich als links verstehen, ohne nicht zugleich auch feministisch zu sein?

Diese Frage soll hier am Beispiel des politischen Umgangs mit der sogenannten Frauenfrage in der DDR und in der Alt-BRD beantwortet werden.

In der DDR war - im Unterschied zur BRD - die Realisierung der Gleichberechtigung von Frau und Mann von Anfang an erklärtes Ziel staatlicher Politik. Das ergab sich aus dem

weltanschaulichen Rückgriff auf Marx, Engels, Lenin, Bebel und vor allem auch Clara Zetkin. Dieser fand ohne jede kritische Reflexion statt und führte zu einem ökonomistisch verkürzten Verständnis von der Gleichstellung der Geschlechter. Vorrangiges Ziel der Politik war, die Berufstätigkeit von Frauen zu sichern und die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft zu gewährleisten. Die Politik der SED war lediglich auf die Probleme der Berufstätigkeit und der Qualifikation von Frauen sowie ihrer sozialen Lage als berufstätige Mütter gerichtet, nicht jedoch auf die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter<sup>2</sup>.

Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und eine ökonomisch selbständige Existenz von Frauen durch eigene und qualifizierte Berufstätigkeit galten nicht nur als notwendige, sondern fatalerweise schon als hinreichende Voraussetzungen für die Herstellung sozialer Gleichheit zwischen Männern und Frauen. Als Ende der 70er Jahre die Frauen ökonomisch selbständig und die Kinderbetreuung und damit die Vereinbarkeit im Wesentlichen gesichert waren, verkündete die SED, die Frauenfrage als solche sei in der DDR gelöst.

Zwar waren die Verhältnisse bei weitem nicht so patriarchal, wie sie es in der BRD sind, aber die patriarchale Konstruktion von Politik und Gesellschaft in der DDR, die geschlechtstypischen Arbeitsteilung sowohl in der Erwerbs- als auch in der Reproduktionsarbeit, die ungleichen Chancen des Zugangs zu Macht- und Entscheidungspositionen, die geschlechtstypische Sozialisation und das daraus resultierende Rollenverständnis waren nicht aufgehoben. Die Norm- und Wertvorstellungen von Männern, ihr Verhalten, ihre Lebensmuster, die mit der gesellschaftlichen Situation von Frauen in einem direkten Zusammenhang stehen, wurden politisch nicht in Frage gestellt.

Die einseitig auf Frauen gerichtete Sozialpolitik ließ die patriarchale Verfaßtheit der DDR-Gesellschaft in ihrer Grundstruktur unangetastet.

Eine kritische Öffentlichkeit, in der die Auseinandersetzung mit der sogenannten Frauenfrage und mit der paternalistischen Frauenpolitik der SED hätte stattfinden können, gab es in der DDR nicht. Patriarchatskritik fand nicht statt. Nur in der Oppositionsbewegung, die sich gegen Ende der 70er Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirche und in privaten Kreisen zusammengefunden hatte, wurde diese Frage z.T. sehr intensiv diskutiert. Die Existenz und das Fortbestehen patriarchaler Verhältnisse waren nicht Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins. Dies wirkt auch in der PDS nach.

Unter den Linken in der Alt-BRD spielte ebenfalls die Vorstellung eine entscheidende Rolle, wenn die sog. Klassenfrage gelöst sei, würde sich die „Frauenemanzipation“ quasi von allein ergeben. Erst die Ende der 60er entstandene Neue Frauenbewegung hat die Theoriedefizite benannt und eigene Ansätze entwickelt. Allerdings wurden diese in den stark männerdominierten linken Zusammenhängen kaum wahrgenommen bzw. ignoriert. Daran hat sich bis heute nichts wesentliches geändert - auch wenn inzwischen durchaus bewußt ist, daß dies ein offenkundiges Manko darstellt. Zu diesem Nebeneinander von linkem Feminismus einerseits und der übrigen linken Bewegung hat auch beigetragen, daß große Teile der Frauenbewegung sich von Männern separiert und diese relativ radikal aus dem Diskurs ausgeschlossen haben. Männer und Frauen wurden lange Zeit weitgehend im Verhältnis von

---

<sup>2</sup>z.B. Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn 1993

Täter und Opfer wahrgenommen. Die Kommunikation ist - trotz der in letzter Zeit deutlicher werdenden Tendenz der Abkehr vom frauenpolitischen Ansatz und der Hinwendung zu einem geschlechter- oder gleichstellungspolitischen Ansatz - offenbar noch immer gestört.

Fazit: Das Problem bestand sowohl in der DDR, als auch in der linken Bewegung der Alt-BRD darin, daß die gesellschaftlichen Widersprüche nicht als gleichrangig, sondern in einem hierarchisierten Verhältnis zueinander wahrgenommen worden sind, wie es in dem Postulat von Haupt- und Nebenwiderspruch zum Ausdruck kommt. Dies hat letztendlich die Integration feministischer Ansätze in das linke Denken verhindert.

In Westdeutschland hat die Sensibilisierung durch die Frauenbewegung zum Konzept der „triple oppression“ geführt, das die drei Hauptformen der Unterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft - Kapitalismus, Rassismus und Sexismus<sup>3</sup> - gleichrangig nebeneinander stellt. Allerdings kann nicht davon gesprochen werden, daß sich diese Vorstellung bereits durchgesetzt hätte und tatsächlich in Theorie und Praxis der Linken umgesetzt worden wäre.

In Ostdeutschland ist dieser Paradigmenwechsel bislang nicht oder kaum zur Kenntnis genommen worden. Auch für die PDS trifft das zu. Hier erfolgt die Annäherung an die Geschlechterfrage eher über die aus den in der DDR gemachten sozialen Erfahrungen abgeleiteten Ansprüche Gleichheit, Partizipation für alle, also Demokratie im weitesten Sinne - weniger hingegen über den Emanzipationsbegriff. Dieser ist zwar Bestandteil der Programmatik der PDS, aber in seiner Dimension, insbesondere bzgl. des Geschlechterverhältnisses noch nicht erfaßt. Emanzipation würde insbesondere bedeuten, die soziale Situation von Männern in einer Gesellschaft nicht mehr als unhinterfragt und selbstverständlich als „normal“ anzusehen, sondern diese grundsätzlich Frage zu stellen und in politischen Konzepten als veränderungsbedürftig mitzudenken. Ein Beispiel: In einem Leitantrag zur 2. Tagung des 4. Parteitagess wird die radikale Arbeitszeitverkürzung als wesentliche Grundlage für die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und zugleich als Kernbestandteil der „frauenpolitischen Aktivitäten“ der PDS in den nächsten Jahren bezeichnet. Nicht nur, daß mit einer solchen Formulierung in alter DDR-Manier gleichstellungspolitische Forderungen wieder ausschließlich an Frauen adressiert werden, es wird zugleich verkannt oder auch ignoriert, daß die radikale Arbeitszeitverkürzung in erster Linie eine Aufforderung an Männer ist, ihre Berufs-, Karriere- und Geldorientierung gründlich in Frage zu stellen. Frauen haben schon immer versucht, mit Teilzeitarbeit oder Karriereverzicht Beruf und Familie zu vereinbaren - unter Inkaufnahme von finanziellen Nachteilen und Einschränkungen in ihren persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Arbeitszeitverkürzung ist eine kritische Anfrage an männliche Wertvorstellungen, zu denen es bislang eben nicht gehört, sich in gleichberechtigter Weise um die Kinderbetreuung und den Haushalt zu kümmern. In diesem Zusammenhang sei an die Einführung der 4-Tage-Woche bei VW erinnert. Die gewonnene freie Zeit haben die Männer nicht etwa in der Familie oder zur Pflege anderer sozialer Kontakte genutzt, sondern sie haben sich Nebenjobs gesucht. Arbeitszeitverkürzung ist offenbar geeignet, eine männliche

---

<sup>3</sup> Sexismus meint in Anlehnung an den Begriff „Rassismus“ die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. s.a. Brockhaus, 19. Auflage

Sinnkrise hervorzurufen. Die vielfach in den Medien gestellte Frage „Was macht der VW-Arbeiter am 5. Tag?“ ist ein beredtes Indiz für das Problem vieler Männer, abseits von Erwerbsarbeit und Karriere Lebenssinn zu finden. Eine solche Situation ist eine enorme politische Herausforderung, der sich auch die PDS stellen muß. Arbeitszeitverkürzung ist also keinesfalls eine frauenpolitische, sondern eine gleichstellungspolitische und genaugenommen eine männerpolitische Forderung!

Emanzipation im Marxschen Sinne - alle Verhältnisse abzuwerfen, die den Menschen zum erniedrigten, unterdrückten, gedemütigten Wesen machen - ist nur für beide Geschlechter zu haben oder gar nicht.

Nach dem Zusammenbruch des autoritären Sozialismus im Osten und dem vorläufigen Scheitern einer Idee steht die Linke vor der Aufgabe, sich selbst und ihre politischen Konzepte und Ziele neu zu definieren. Ein linkes Selbstverständnis wird nicht zukunftsfähig sein können, solange die Vorstellung von einer sozial gerechten, ökologisch verträglichen, friedlichen und demokratischen Einen-Welt, die ohne jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung auskommt, nicht mit Patriarchatskritik, Feminismus also, endlich dauerhaft verknüpft wird. Mit anderen Worten: Links ist entweder feministisch oder nicht links.

### 3. Linke feministische Politik und ihre Voraussetzungen

#### 3.1. Was linker Feminismus alles NICHT ist

Feminismus wird oft simplifiziert als "Kampf um Frauenrechte" oder als "Frauenpolitik". Wenn sich jedoch an der Situation von Frauen etwas ändern soll, an ihren Zugangs- und Entwicklungschancen in der Gesellschaft, muß sich auch etwas an der Situation von Männern hinsichtlich ihres Zugangs zu Macht, Einfluß- und Entfaltungsmöglichkeiten ändern. Das Geschlechterverhältnis ist komplementär und die Aufhebung des Geschlechterverhältnisses als Rang- und Machtverhältnis ist eine Aufgabe, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft stellt. In allen Politikfeldern und bei allen Problemstellungen ist die Frage einzubeziehen, wie die Situation von Männern ist, wie die von Frauen und welche Auswirkungen die Lösungsvorschläge oder Forderungen für beide Geschlechter hätten. Dabei kommt es weniger auf die herkömmliche Familien- und Sozialpolitik an, die oft als das eigentliche Problemfeld in Bezug auf Frauen gesehen wird, sondern insbesondere auf die sog. harten Politikfelder, wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik.

Es geht beim Feminismus nicht, wie es oft auch in PDS-Papieren heißt, um die „Gleichstellung der Frau“. Eine solche Formulierung suggeriert, daß die Situation von Frauen irgendwie an die der Männer angepaßt werden solle und daß Frauen einen Nachholbedarf gegenüber den Männern hätten. Der Mann bleibt das Normale, die Norm, der Bezugspunkt. Nähme man probetalber die Formulierung „Gleichstellung des Mannes“ würde die Absurdität sofort deutlich. Also: Es geht um die Gleichstellung von Mann und Frau, oder auch um die von Frau und Mann, und um die gesellschaftlichen Bedingungen dafür - nicht jedoch darum, daß eine Seite die Orientierung für die andere angibt.

Um auch das deutlich zu sagen: Feminismus ist nicht der *Kampf gegen Männer*, sondern gegen gesellschaftliche Strukturen, die sowohl Frauen als auch Männer an ihrer freien Entfaltung hindern. Aber diese Strukturen und Mechanismen sind nichts Abstraktes. Sie werden von Frauen und Männern reproduziert und auch befördert. Insofern stehen auch diejenigen, die patriarchale Strukturen und Mechanismen befördern und immer wieder dazu beitragen, daß sie sich so herstellen, in der feministischen Kritik.

Beide Geschlechter haben die Frage nach ihrer Widerständigkeit, ihrer Verstrickung, ihrer Kollaboration und ihrer aktiven TrägerInnenschaft für das Patriarchat zu beantworten. Nicht nur Männer, sondern auch ein Großteil der Frauen hat sich mit dem Patriarchat arrangiert, zieht daraus einen subjektiv definierten Nutzen und ist an Veränderungen nicht interessiert. Nicht wenige betreiben selbst eine aktive patriarchale Politik. Viele tragen durch ihre An- und Einpassung in das patriarchale System zu dessen Stabilisierung und Perpetuierung bei. Oder anders gesagt: Die "Täterschaft" von Männern ist ohne die "Mittäterschaft"<sup>4</sup> von Frauen nicht denkbar. Es ist nicht möglich, Frauen einfach von jeder Verantwortung freizusprechen. Machtferne ist nicht gleichzusetzen mit Schuldferne<sup>5</sup>.

Die Trennlinie verläuft nicht zwischen Frauen einerseits und Männern andererseits, sondern zwischen Menschen, die gegen das Patriarchat arbeiten und Menschen, die aus verschiedenen Motiven dem Patriarchat verhaftet bleiben. Zu den ersteren gehören nur sehr wenige Menschen, es sind (noch) fast ausschließlich Frauen und nur vereinzelt Männer. Die letzteren sind in der überwältigenden Mehrzahl - zu ihnen gehören sowohl Männer als auch Frauen.

Feministische Ansätze werden zwar fast ausschließlich von Frauen eingefordert, aber Feminismus darf in einer linken Partei *keine Frauensache* bleiben! Jeder Mensch, der linke Politik machen will, muß sich mit der Geschlechterfrage auseinandersetzen. Die Bereitschaft und das Interesse der Männer ist jedoch bislang gering - auch in der PDS.

### 3.2. Zum feministischen Politikverständnis

Linker Feminismus ist die radikale Kritik an jeder Art von patriarchaler Gesellschaft, in der die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen einerseits und die Dominanz von Männern andererseits funktional, also immanent sind. Feministinnen befinden sich somit notwendigerweise und zwangsläufig in Opposition zur kapitalistischen Gesellschaft.

Feminismus ist ein politischer Ansatz, der in allen Politikfeldern die Frage nach der Enthierarchisierung des Geschlechterverhältnisses stellt. Es gibt daher keine explizit feministischen Themen. Feminismus ist eine Querschnittsaufgabe, die bei allen politischen Fragen eine Rolle spielt.

Noch immer beschränkt sich in der PDS für viele feministische Politik darauf, weibliche Endungen anzuhängen oder in programmatischen Papieren der verschiedensten Art bzw. in Forderungen, Aktionsprogrammen, Reden usw. einen extra Frauenteil einzufügen. Das ist noch

<sup>4</sup> Thürmer-Rohr, Christina, Carola Wildt, Martina Emme, Monika Flamm, Vera Fritz, Sigrid Voigt (Hrsg.): Mittäterschaft und Entdeckungslust. Orlanda Verlag 1990

<sup>5</sup> Thürmer-Rohr, Christina: Machtfern und schuldfern. Feminismus und Holocaust, Vortrag, gehalten zur Eröffnung der Pfingstuni '95 in Berlin am 2. Juni 1995



keine feministische Politik - man kommt zu grundsätzlich anderen Antworten, wenn man die Frage des Geschlechterverhältnisses von vornherein mitdenkt. Es muß in der PDS darum gehen, einen Blick für die Hierarchie zwischen den Geschlechtern zu bekommen, also „sehen“ zu lernen, um überhaupt politische Ansätze entwickeln zu können, die nicht auf die möglichst reibungslose Integration von Frauen in die männlich bestimmte Welt abzielen, sondern die den Bruch mit den patriarchalen Verhältnissen bewirken oder zumindest befördern.

Die erste Übung im „Sehen“ lernen besteht darin, Sprache nicht geschlechtsneutral zu benutzen, sondern konsequent von Frauen und Männern zu sprechen, wenn Frauen und Männer gemeint sind. Denn solange es gravierende Unterschiede in der Situation von Frauen und Männern in der Gesellschaft gibt, die es aufzudecken gilt, muß bei jedem Thema zwischen Frauen und Männern unterschieden werden.

So reicht es nicht aus zu fragen: Wieviele Erwerbslose, wieviele Sozialhilfeempfänger, wieviele AB-Maßnahmen, Umschulungen etc. es gibt. Erst wenn geschlechtsdifferenziert gefragt wird, erhält man realitätsnahe Antworten. Dann erst erfährt man, daß zwei Drittel der Erwerbslosen Frauen und ein Drittel Männer sind, daß - anders als bei Männern - der Anteil von Frauen an ABM geringer ist als es ihrem Anteil an den Erwerbslosen entspricht, daß es in erster Linie Frauen, insbesondere alleinerziehende und ältere sind, die in die Armut und in die Abhängigkeit von Sozialhilfe gedrängt werden etc..

Weitere Beispiele sind die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Subventionen<sup>6</sup>, die Ausbildungsplatzsituation für weibliche und männliche Jugendliche, die Qualität von Fortbildungs- und Umschulungs- bzw. AB- oder 249 h-Maßnahmen<sup>7</sup>, das Familieneinkommen<sup>8</sup>, die Arbeitsteilung im Haushalt<sup>9</sup>, die Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft usw. usf.

Die Wahrnehmung der Geschlechterhierarchie und ihre Analyse ist jedoch nur der erste Schritt. Der nächste besteht darin, Vorstellungen zu entwickeln, wie und wodurch die permanente Reproduktion patriarchaler Verhältnisse unterbrochen oder zumindest erodiert werden kann. Es geht darum, auf politischem Wege Gegenmechanismen zu installieren.

Die Gewährleistung des gleichen Rechts von Frauen und Männern auf Erwerbsarbeit ist eine entscheidende Voraussetzung für ökonomische Selbständigkeit - ohne sie ist Gleichstellung nicht möglich. Ein Weg, Frauen den Zugang zum Erwerbsleben und zu Machtpositionen zu erleichtern, ist die Quotierung. Diese sichert zunächst lediglich die Partizipation an den überkommenen Verhältnissen, die nicht nur Frauen, sondern auch Männer in ihrer Entfaltung behindern, zugleich ist damit jedoch ein subversiver Effekt verbunden. Je größer der Anteil von

---

<sup>6</sup> Pro Jahr werden fast 90000 Mark für jeden Arbeitsplatz im Bergbau ausgegeben - das sind Arbeitsplätze für Männer - aber für Arbeitsplätze in der Textilindustrie beispielsweise, in der meistens Frauen beschäftigt sind, ist kein Geld da.

<sup>7</sup> Frauen haben aufgrund der Art und Dauer der ihnen zugewiesenen AB- und FuU-Maßnahmen in der Regel geringere Chancen als Männer, wieder eine Erwerbstätigkeit zu finden, die ihrer Qualifikation entspricht.

<sup>8</sup> In der DDR hatten Frauen einen Anteil am Familieneinkommen von mehr als 40 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland waren es hingegen nur 18 Prozent. Diese ökonomische Ungleichheit führt nahezu zwangsläufig zu einer Hierarchisierung des Geschlechterverhältnisses in der Familie und in der Partnerschaft.

<sup>9</sup> Wieviel Zeit und wieviele Stunden verbringen Frauen mit der Hausarbeit, mit der Betreuung von Kindern oder mit der Pflege von Alten und Kranken und wieviele Stunden sind dies bei Männern?

Frauen in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft, desto eher wird sich an den Zielen, Konzepten, Handlungsoptionen, Umgangsformen etc. etwas ändern.

Es wird in der PDS zuweilen die Frage diskutiert, woran es liegt, daß es trotz intensiver Bemühungen oft sehr schwer ist, Frauen zu finden, die bereit sind, bestimmte Ämter zu übernehmen. Die Unterrepräsentanz von Frauen ist offenbar nur zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie auf direkte oder indirekte Weise gehindert werden, in bestimmte Bereiche und an bestimmte Positionen zu gelangen. Eine zunehmende Zahl von Frauen verweigert sich aus sehr verschiedenen Gründen der Partizipation an herkömmlichen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen. Dies ist der eigentliche Knackpunkt feministischer Politik - es geht darum, die Dinge menschlich, d.h. sowohl für Männer als auch für Frauen annehmbar, zu denken und zu gestalten. Dazu gehören z.B. die Frage nach Ort, Zeit und Dauer von Versammlungen, auch das Sprachverhalten von Männern und der Umgang mit Meinungsäußerungen von Frauen<sup>10</sup> spielen eine Rolle und nicht zuletzt die Gewährleistung von Kinderbetreuung.

Da die Frage nach der Geschlechtsspezifität bisher von den Linken weitestgehend ignoriert worden ist, fehlen gleichstellungspolitische Ansätze noch in vielen Bereichen linker Politik. Hier hat die PDS eine außerordentlich anspruchsvolle Aufgabe vor sich, die sie jedoch lösen muß, wenn sie ihr Selbstverständnis ernst nehmen will.

### 3.3. Strukturelle Voraussetzungen

Da das Patriarchat ausnahmslos alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt, ist die Vorrangstellung von Männern und die Unterordnung von Frauen allgegenwärtig. Die Herstellung der Autonomie von Frauen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung feministischer Konzepte.

In gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen, so auch in Parteien, sind also strukturelle Voraussetzungen erforderlich, damit Frauen zu eigenständigen Ansätzen und Forderungen kommen können. Frauen brauchen Räume, die frei sind von männlicher Dominanz. Die Erfahrung zeigt, daß Frauen andere Themen besprechen, zu anderen Schlüssen kommen und anders miteinander umgehen, wenn Männer nicht dabei sind. Die Frauenarbeitsgemeinschaften in den Parteien, wie z.B. die AG Lisa der PDS, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) der SPD, der Frauenrat bei Bündnis90/Die Grünen und auch die Frauenunion der CDU tragen dieser Tatsache Rechnung.

Die Möglichkeiten zu eigenständigem Handeln ist des weiteren abhängig von der Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel. Inwieweit solche in gemischten Zusammenhängen sowohl für die politische Arbeit als auch für bezahlte Stellen bereitgestellt werden, ist ein Indiz für den Stellenwert, der dem Engagement von Frauen zugemessen wird. Auch ein Vetorecht in Gremien ist ein wichtiges Instrument, um der Meinung von Frauen Nachdruck zu verleihen.

---

<sup>10</sup> s.a. Senta Trömel-Plötz (Hrsg.): Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen. Frankfurt/Main (Fischer) 1984

In die gleiche Richtung geht die Einrichtung von Gleichstellungsstellen in Kommunen oder von Stellen für Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragte in Behörden, Universitäten und Unternehmen sowie für Frauenreferentinnen in Parteien. Diese Gremien dienen dazu, Benachteiligungen von Frauen aufzudecken und Veränderungen einzufordern. Allerdings ist es dabei aufgrund der Einbindung in staatstragende Strukturen nicht möglich, diese selbst in Frage zu stellen. Frauenpolitik dieser Art ist zwar unverzichtbar, aber in ihrer Reichweite zwangsläufig begrenzt.

Gleichstellungs- oder feministische Politik kann in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der patriarchale Verhältnisse funktional sind, auf Dauer nur außerhalb und unabhängig von staatlichen bzw. staatstragenden Organisationsstrukturen entwickelt werden. Inwieweit das innerhalb von Parteien möglich ist, wird entscheidend von deren politischem Selbstverständnis abhängen. Über den effektivsten Weg zur Umsetzung gibt es keinen Konsens - die einen meinen, nur mit einem „Gang durch die Institutionen“ lasse sich etwas erreichen, die anderen wiederum bauen auf den Aufbau einer oppositionellen Gegenmacht, die die Herrschenden zum Kurswechsel zwingt. Dieses Problem wird im Abschnitt 4.2. ausführlicher erörtert.

## 4. Feministische Politik im Bundestag

### 4.1. Die PDS-Bundestagsgruppe und der feministische Ansatz

Das Programm der PDS und Bundestagswahlprogramm 1994 sind von einem „lila Faden“ durchzogen. An mehreren Stellen wird die Bekämpfung patriarchaler Verhältnisse zum politischen Ziel der Partei erklärt.

Die PDS-Bundestagsgruppe hat sich - als einzige Partei im Bundestag - von Anfang an dazu entschlossen, strukturelle Voraussetzungen für feministische Politik zu schaffen. Neben den vier herkömmlichen Bereichen wie Außenpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Innen- und Rechtspolitik, gibt es zusätzlich einen Querschnittsarbeitskreis Feministische Politik, der mit eigenen Stellen und Finanzmitteln ausgestattet ist. Dies ist der Arbeitszusammenhang aller weiblichen Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen, in dem die Fragen und Themen diskutiert werden, die eine besondere geschlechtsspezifische Relevanz haben und für das Profil der PDS-Bundestagsgruppe von besonderer Bedeutung sind.

Zusätzlich haben die Frauen in der PDS-Bundestagsgruppe das Recht, Frauenplena abzuhalten und ggf. Entscheidungen der Gruppe per Veto aufzuheben. Das Veto kann nur durch einen weitestgehenden Konsens in der gesamten Gruppe außer Kraft gesetzt werden.

Schwerpunkte feministischer Politik der PDS im Bundestag sind die Themen, die mit der Autonomie von Frauen und mit der Begrenzung der Macht von Männern in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Hier können nur die Grundzüge skizziert werden, da eine detaillierte Darstellung den Rahmen sprengen würde<sup>11</sup>.

Die Arbeitsmarktpolitik spielt da eine wichtige Rolle, da sich hier die Voraussetzungen für die ökonomische Selbständigkeit von Frauen entscheiden. In Anbetracht der Dominanz

---

<sup>11</sup> s.a. Materialien des AK Feministische Politik der PDS-Bundestagsgruppe „Zwischenbilanz“ und das vierteljährlich erscheinende Informationsblatt „Querblick“

konservativen Denkens ist es noch immer notwendig, klarzustellen, daß Frauen und Männer exakt das gleiche Recht haben, ihre Existenz durch Berufstätigkeit zu sichern.

Konservative Politiker, wie z. B. Kurt Biedenkopf, meinen, daß das Problem an der Erwerbslosigkeit nicht so sehr die Erwerbslosigkeit an sich ist, sondern die "übersteigerte Erwerbsneigung" der ostdeutschen Frauen. Diese gefährde die Arbeitsmarktsituation von Männern und müsse daher, so sagen sie weiter, auf ein "normales" Maß zurückgeführt werden. Was bei Frauen als „übersteigert“ gewertet wird, ist bei Männern offenbar normal. Erst die Umkehrung ergäbe einen Sinn: Gemessen an den Wünschen von Frauen bzgl. der Wochenarbeitszeit, in denen sich der Anspruch widerspiegelt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, muß man vielmehr von einer übersteigerten Erwerbsneigung der Männer sprechen.

Linke Arbeitsmarktpolitik muß nicht nur Konzepte entwickeln, wie Arbeitsplätze zu schaffen sind, etwa durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung und die Einrichtung eines öffentlich geförderten bzw. finanzierten Beschäftigungssektors, sie muß zugleich die Bedingungen dafür einfordern, daß Frauen an der Verteilung der vorhandenen und der zu schaffenden Erwerbsarbeitsplätze gleichberechtigt beteiligt werden. Es ist eine Antidiskriminierungspolitik in bezug auf Frauen zu entwickeln, die auf eine tatsächliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im Erwerbsbereich gerichtet ist.

Es ist nicht hinnehmbar, daß Frauen in den Dienstleistungssektor, in ungeschützte Arbeitsrechtsverhältnisse und in nicht existenzsichernde Teilzeitarbeit abgedrängt oder auf den sog. zweiten Arbeitsmarkt verwiesen werden und Männern die "richtigen" Arbeitsplätze auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt vorbehalten bleiben.

Darüberhinaus geht es generell um die Frage der Umgestaltung der Arbeitswelt in der Weise, daß sowohl Männer als auch Frauen Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit - die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen eingeschlossen - und das Leben in selbstbestimmten sozialen Zusammenhängen vereinbaren können. Auch in dieser Hinsicht ist eine deutliche Arbeitszeitverkürzung der erste Schritt.

In der Wirtschaftspolitik ist der geschlechtsspezifische Effekt der herkömmlichen Förderinstrumentarien und Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln aus der öffentlichen Hand kritisch zu hinterfragen. Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben 1993 die Landesregierung aufgefordert, sie möge analysieren, in welcher Weise die ausgereichten Wirtschaftsfördermittel Frauen zugute kommen und in welcher Weise Männern. Das Ergebnis war, daß Frauen nur zu 0,3 Prozent (!) einen direkten Nutzen von der Wirtschaftspolitik in diesem Land haben. Aufgrund der deutlich geschlechtsspezifische Wirkungen herkömmlicher Wirtschaftsförderung müssen die Kriterien für die Mittelvergabe endlich so gestaltet werden, daß diese an eine aktive Gleichstellungspolitik im betreffenden Unternehmen gebunden wird und bei der Finanzierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur die Lebenssituation von Frauen berücksichtigt wird. Das heißt, daß nicht nur darauf geachtet wird, daß die Wasserversorgung, die Stromversorgung, die Anbindung an Telefonleitungen oder der Straßenanschluß gewährleistet sind, sondern auch die Bereitstellung von Kindergartenplätzen und die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr.

Bei all diesen Problemen führt eine Hierarchisierung nach dem Muster, erst müsse die Wirtschaft oder der Arbeitsmarkt funktionieren und dann erst könnten die Fragen des Geschlechterverhältnisses oder der Nachhaltigkeit der Lebensweise angegangen werden, zu falschen Antworten.

Ein weiteres Gebiet ist die Sicherung der Selbstbestimmung von Frauen in bezug auf ihr Leben und ihren Körper - die Forderung nach ersatzloser Streichung des unsäglichen §218 StGB gehört dazu, aber auch die Einführung der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe und die Forderung nach einem ehgattenunabhängigem Aufenthaltsrecht sowie die Anerkennung des Berufs Hure.

Die Lebensweisenpolitik ist ein Kernbereich emanzipatorischer Politik. Die bisherigen Standardisierungen von Lebensformen (Ehe, heterosexuelle Kleinfamilie) lösen sich immer stärker zugunsten individuell gewählter Beziehungsmuster auf. Es müssen die gesellschaftlichen Bedingungen für eine tatsächliche Wahlfreiheit geschaffen werden, damit jeder Mensch die Möglichkeit hat, die ihm gemäße Lebensform zu finden und auch zu leben. Noch ist auch die Erkenntnis, daß Homo-, Bi- und Heterosexualität gleichwertige Varianten menschlicher Sexualität sind, in der Gesellschaft nicht weit verbreitet. Es muß erreicht werden, daß alle Lebensweisen - egal ob zu zweit, zu mehreren, oder allein, mit Kindern oder ohne - gleichermaßen akzeptiert werden. Es ist in keiner Weise gerechtfertigt, daß der Staat Unterschiede zwischen den verschiedenen "Gesellungsformen" erwachsener Menschen macht, wie das jetzt geschieht. Eine besondere Förderung sollte ausschließlich das Betreuen von Kindern oder von Pflegebedürftigen erfahren. Wichtig wären die Aufhebung der ungerechtfertigten Privilegierung der Ehe (Ehegattensplitting) und der Diskriminierung von Nichtverheirateten im Erbrecht, im Beamtenrecht, im Strafrecht etc. sowie eine bedarfsgerechte Grundsicherung, die u.a. die finanziellen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen erwachsenen Menschen beenden würde und nicht zuletzt die Entwicklung eines Antidiskriminierungsgesetzes für Lesben und Schwule.

In der Außenpolitik führt der feministische Blick zu der Erkenntnis, daß die Entwicklung der Europäischen Union sich zuungunsten von Frauen auswirken wird, wenn nicht politisch gegengesteuert wird. So fordert die PDS z.B., daß bei den Verhandlungen zu Maastricht II die Verankerung eines Grundrechte-Katalogs für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union diskutiert wird, der einen aktiven Gleichstellungsauftrag enthält.

Diese Reihe von Beispielen ließe sich ohne weiteres fortführen.

Quintessenz: Wenn bei allen Fragen die Geschlechterfrage mitgedacht wird, ergeben sich andere Antworten, als wenn das nicht der Fall ist.

#### **4.2. Zwei Möglichkeiten Oppositionspolitik zu machen**

Auf der Bundesebene haben wir es in der BRD mit einer überaus verknöcherten Form von Parlamentarismus zu tun, die sich darin ausdrückt, daß ein Antrag, ein Gesetzentwurf nicht nach seinem Inhalt beurteilt wird, sondern danach, von welcher Partei er kommt. Parlamentarische Initiativen der Opposition haben im Bundestag aufgrund des direkten oder indirekten Fraktionszwangs grundsätzlich keine Chance auf eine Mehrheit. Das betrifft nicht nur die PDS,

sondern die BündnisGrünen und die SPD ebenso, wobei letztere wegen ihrer Mehrheit im Bundesrat in einer etwas anderen Lage ist.

Es gibt nun zwei verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit einer solchen Situation:

Die *eine* Variante besteht darin, sich permanent als die bessere Regierung darzustellen, d.h. die eigenen Politikvorschläge und Forderungen werden vorrangig am Kriterium des politisch scheinbar unmittelbar Umsetzbaren orientiert - auch unter Verzicht auf eigene „essentials“, wenn für diese im jeweiligen Moment eine mehrheitliche Akzeptanz im Parlament und auch in der Bevölkerung nicht erwartet werden kann. Diese Beschränkung auf sogenannte „Realpolitik“, die per definitionem im Rahmen der gegebenen Strukturen bleibt, hat einen hohen Preis. Zwangsläufig wird damit die Wählbarkeit, d.h. die Akzeptanz bei einer über die ursprüngliche Stamm-WählerInnenschaft hinausgehenden Bevölkerungsschicht zu einem vorrangigen Gesichtspunkt. Dies wiederum erzwingt die Nähe zum geistigen mainstream in der Gesellschaft und zur Befindlichkeit dieser potentiellen WählerInnenschaft. Die notwendigen Anpassungsprozesse unter dem Aspekt der wahltaktischen Zweckmäßigkeit bringen die Entfremdung von den ursprünglichen politischen Ansätzen und damit auch von den ursprünglichen WählerInnen mit sich. Die Partei verändert damit allmählich ihren Ort im politischen Spektrum und wird aus der Sicht der ursprünglichen Klientel uninteressant und ist damit für dieses nicht mehr wählbar.

Das Argument, daß man in der Politik Vorschläge machen müsse, die durchsetzbar, also kompromißfähig sind, also nur „Realpolitik“ eine Chance auf Gestaltung der Wirklichkeit habe, ist ebenso unzutreffend wie die Aussage, nur wer in der Regierung säße, könne mitgestalten. Sowohl die SPD als auch die Grünen haben in den Jahren der Opposition die Gesellschaft stärker verändert<sup>12</sup>, als das in der Regierung je der Fall gewesen ist bzw. sein wird.

„Realpolitik“ kann sich der Gefahr, opportunistisch zu sein und Gesellschaftsveränderungen nicht mehr mitzudenken, kaum entziehen. Unter den Bedingungen einer konservativen Hegemonie führt das Streben nach Partizipation an der Macht zwangsläufig zum Verzicht auf politische Innovation, denn die Entwicklung politischer Alternativen spricht unter diesen Umständen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung an. Mehrheitsfähigkeit ist so nicht zu erreichen. Emanzipatorische Politik, die ausschließlich in der Opposition betrieben werden kann, wird unmöglich, wenn man sich als Regierung im Wartestand begreift. Die eigene politische Vision - wenn es denn je eine solche gab - ist dann nur noch Bestandteil des Parteiprogramms, aber nicht mehr Grundlage der Politik. Dieser Effekt ist zwangsläufig bei einer direkten Beteiligung an einer Regierung noch stärker ausgeprägt - um des Machterhalts willen wird die Hinwendung zur politischen Mitte einer Gesellschaft und damit die Abwendung von ihren innovativen Teilen zur existentiellen Notwendigkeit. Damit erklärt sich auch die Tatsache, daß in einer Demokratie die Qualität der gesellschaftlichen Zustände nur sehr wenig oder garnicht davon abhängt, welche Partei gerade an der Macht ist, solange sich die gesellschaftliche Mitte nicht bewegt.

---

<sup>12</sup> In den 80er Jahren hat das kreative Agieren der GRÜNEN außerhalb und innerhalb der Parlamente enorme Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein in Sachen Ökologie und Feminismus bewirkt. Heute können beide Themen nicht mehr ignoriert werden, selbst von den Konservativen nicht.

Die *zweite* Variante bedeutet, nicht nur Verbesserungen innerhalb des gegebenen Rahmens anzustreben, sondern *strukturelle* Veränderung der gesellschaftlichen Realität zu wollen und dies zum Ausgangspunkt der parlamentarischen Politik zu machen. Dies ist eine Politik aus emanzipatorischen Wertvorstellungen heraus, die sich nicht an den Kriterien der „Machbarkeit“ und der Annehmbarkeit durch andere politische Kräfte orientiert. Ein gesellschaftskritischer Ansatz ist per se ohne Chance auf Akzeptanz durch eine Mehrheit und wird daher oft als „symbolische Politik“ denunziert, die zwangsläufig ergebnislos bleiben müsse und zudem der Bevölkerung nicht vermittelbar sei. Die Wirkungen der Oppositionsarbeit der SPD Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie der GRÜNEN in den 80er besagen das Gegenteil.

Eine systemkritische und emanzipatorische Politik ist, wenn sie konsequent betrieben wird, bei der gegenwärtigen Dominanz konservativen Denkens nur in der Opposition möglich. Opposition bedeutet nicht eine Politik der sturen Verweigerung oder des Konstruierens weltfremder Utopien, sondern eine Kritik am Bestehenden und das Aufzeigen von potentiell systemverändernden Alternativen, die bei entsprechendem politischen Willen auch tatsächlich praktikabel wären.

Die Wirkung von Oppositionspolitik im Bundestag besteht, potentiell zumindest, vor allem darin, zum Gegebenen und weithin als normal Hingenommenen Alternativen zu entwickeln und dadurch das Denken in der Gesellschaft zu verändern. Auf das Beispiel der GRÜNEN ist bereits hingewiesen worden. Im Slogan „Veränderung beginnt mit Opposition“ steckt mehr Weisheit, als so mancher oder manche in der PDS glaubt. Allerdings ist Oppositionsarbeit dieser Art inhaltlich höchst anspruchsvoll und mental außerordentlich anstrengend. Man muß es aushalten können, nicht zur Mehrheit zu gehören, ständig gegen den Strom zu schwimmen und keine breite Anerkennung zu bekommen. Kurzfristige Erfolge sind so kaum zu erreichen, sondern „nur“ Langzeiteffekte. Für eine solche Politik ist eine ausgeprägte Frustrationstoleranz nötig. Andererseits ist das Unterfangen, zukunftsfähige Antworten auf die Existenzfragen der Gesellschaft zu finden, die verantwortungsvollste Aufgabe, die in der parlamentarischen Politik vorstellbar ist.

Ob ein solches Oppositionsverständnis von einer Partei, die sich in die Mechanismen der parlamentarischen Arbeit hineinbegibt, auf Dauer beibehalten werden kann, ist offen. In den letzten Jahrzehnten haben in verschiedenen Ländern Entwicklungsprozesse in einer Reihe von linken Parteien stattgefunden, die eher Anlaß zur Skepsis geben<sup>13</sup>.

Im Grunde ist das Verständnis von Politik, die Entscheidung für die eine oder die andere der beiden Varianten, eine Antwort auf die Frage, für wen und wofür Politik gemacht wird. Eine konsequente feministische Politik ist unter den jetzigen, konservativen und reformfeindlichen gesellschaftlichen Verhältnissen nur in der zweiten Variante möglich. Die Freiheit des Denkens und damit die Chance zu politischer Kreativität, die über die Systemgrenzen hinausweist, hat man auf der bundespolitischen Ebene nur dann, wenn Opposition als eigenständiger Wert begriffen wird und nicht nur als Warteposition auf die Regierungsbeteiligung. Insofern wird die Frage der Regierungsbeteiligung der PDS zur Nagelprobe auf den Stellenwert feministischer Politik werden.

---

<sup>13</sup> Ein Beispiel ist die Britische Labour Party, s.a. Sozialistische Zeitung (SOZ), Ausgabe 1/96 vom 11.1.1996

Die zentrale Aufgabe der PDS ist es, sowohl auf der Bundesebene, als auch in den Landtagen sowie in der Kommunalpolitik jeweils eine eigene und unverwechselbare Antwort auf die Frage zu finden, was linke, systemverändernde Politik ist, die von der Vision einer demokratischen und emanzipatorischen Gesellschaft ausgeht und ihre Politikangebote zur Veränderung der Gesellschaft aus den realen Verhältnissen abzuleiten imstande ist. Gelingt diese „Transzendentalpragmatik“ nicht, wird auch die PDS den Weg der An- und Einpassung in das gegenwärtige Gesellschaftssystem gehen, wie es bei den GRÜNEN bereits seit einigen Jahren der Fall ist. Eine solche PDS wäre für die Wählerinnen und Wähler von der SPD kaum noch unterscheidbar und hätte folgerichtig im politischen Spektrum der BRD keine Existenzberechtigung. Die Frage des Oppositionsverständnisses ist die eigentliche Existenzfrage der PDS.

## 5. Die PDS und der Feminismus

### 5.1. Was macht die Sache so schwierig?

Wenn nun der Zusammenhang zwischen einem linken Weltverständnis und dem linken Feminismus so offenkundig ist und folgerichtig im Programm der PDS festgestellt wird: „Ohne die Überwindung der patriarchalen Strukturen ist letztlich eine humane, soziale und ökologische Entwicklung ausgeschlossen“<sup>14</sup>, warum ist es dann so schwierig, diese Symbiose in der Praxis herzustellen?

Die Antwort darauf muß für den ost- und den westdeutschen Teil der Partei gesondert gesucht werden.

Zunächst zur PDS in Ostdeutschland: Im Übergangsprozeß von der SED zur PDS haben viele frauenbewegte Frauen mit Nachdruck feministische Ansätze in der neu zu bestimmenden Programmatik eingefordert<sup>15</sup>. Dennoch wird an verschiedenen Stellen immer wieder deutlich, daß die Frauenbewegung nicht zu den Quellen der Partei gehört. Dieser Mangel muß durch die Internalisierung theoretischer Einsichten ersetzt werden, wenn akzeptiert wird, daß Feminismus zur Programmatik einer modernen Linkspartei dazugehört. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, dessen Gelingen durchaus nicht sicher ist. Der PDS im Osten fehlt die Verwurzelung in der autonomen Bewegung, die Trägerin und Ort systemkritischen Denkens ist und die gerade deshalb in der DDR de facto verboten worden ist. Dies gilt nicht nur für den Feminismus, sondern in gleicher Weise auch für die anderen essentials linken Denkens, wie z.B. die Ökologie, den Antimilitarismus oder die Anerkennung der Tatsache, daß wir in Einer-Welt leben.

Art und Umfang der Diskussionen über Feminismus in der PDS zeigen, daß die alte Vorstellung von Haupt- und Nebenwiderspruch virulent geblieben ist. Ein Großteil der Mitgliedschaft ist noch den paternalistischen Mustern der Frauenpolitik der SED verhaftet - die Geschlechterfrage wird als Frauensache angesehen, mit der Männer nichts zu tun haben. Hinzu tritt ein aus der

<sup>14</sup> Programm der PDS, S. 23 unten

<sup>15</sup> s.a. Knake-Werner, Heidi ; Kiesbauer, Sonja: Gleichberechtigung, Gleichstellung, Emanzipation - ein Streit um Worte oder was?. In: E. Maleck-Lewy, V. Penrose (Hrsg.): Gefährtinnen der Macht. Berlin (Edition Sigma) 1995



politischen Sozialisation in der DDR resultierendes staatsorientiertes Denken, das selbstorganisierten Aktivitäten - angefangen bei Hausbesetzungen bis hin zu alternativen Lebensformen - mit Skepsis, wenn nicht gar Ablehnung begegnet.

Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Patriarchat findet bislang in der PDS nur ganz vereinzelt statt. Von einer Rezeption der westlichen Theorieentwicklungen in dieser Frage kann gegenwärtig noch nicht gesprochen werden und es gibt in der Partei zu feministischen Politikvorstellungen keine tiefgehenden Diskussionsprozesse, die über den Kreis der aktiven Frauen hinausgehen. So kann es nicht verwundern, daß eigenständige feministische Ansätze in der Politik der PDS noch weitestgehend fehlen.

In Westdeutschland ist die Linke zwar mit den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung konfrontiert worden, aber auch hier ist der blinde Fleck bis heute nicht überwunden worden. Darüberhinaus haben sich offenbar auch Diskussionsformen und Umgangsweise erhalten, die dazu führen, daß der Frauenanteil in der westdeutschen PDS lediglich 20% beträgt und damit weit unter dem bei den GRÜNEN und auch noch unter dem in der SPD liegt.

Leider bleibt sowohl im Osten als auch im Westen der Blick weitgehend auf die jeweils eigene Situation gerichtet, so daß Impulse, die aus einer Beschäftigung mit der Situation im anderen Teil Deutschlands hervorgehen könnten, selten sind. Dies betrifft insbesondere das Gleichstellungsproblem. Hinzu kommt, daß die unmittelbare Notwendigkeit, sich mit der Geschlechterfrage zu befassen, nicht so ohne weiteres erkennbar ist, wie das etwa bei der Ökologie oder der sozialen Verträglichkeit von Produktions- und Verteilungsprozessen oder dem Antimilitarismus der Fall ist. Angesichts der zunehmenden sozialen Probleme in der BRD scheint die Bekämpfung des Patriarchats - im Rahmen des Paradigmas von Haupt- und Nebenwiderspruch - von vielen für eine Luxusdiskussion gehalten zu werden. Solange dies so ist, der feministische Ansatz also nur ansatzweise und bruchstückhaft sichtbar ist, werden Frauen die PDS kaum als die Partei ansehen, die sich dem Feminismus tatsächlich verpflichtet hat.

## 5.2. Stand der Dinge

Auf dem Weg von der SED zur PDS war auch in der Geschlechterfrage ein großer Schritt fällig. Patriarchatskritik und die Entwicklung feministischer Ansätze sind ein ebenso neues Politikfeld für diese Partei wie z.B. die Ökologie, die Vorstellung von der Einen-Welt, die Demokratie, der Antirassismus oder der Pazifismus. Das Engagement frauenbewegter Frauen in und bei der PDS hat dazu geführt, daß sich der feministische Ansatz wie ein lila Faden durch das Programm zieht, daß im Statut die 50%-Quotierung bei der Besetzung von Gremien, Mandaten und Wahllisten vorgeschrieben ist, daß es seit langem eine glasklare Beschlußlage zum §218 gibt usw. usf. Die 1990 gegründete Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS Lisa spielt dabei eine wichtige Rolle<sup>16</sup>.

Es gab und gibt viele Indizien für den guten Willen und die Bereitschaft, sich mit dieser, für den weitaus größten Teil der heutigen PDS-Mitgliedschaft neuen Sicht auf die Welt tatsächlich ernsthaft auseinanderzusetzen, dennoch ist der Mangel an ernsthafter Beschäftigung mit der

<sup>16</sup> Knake-Werner, Kiesbauer a.a.O.

Geschlechterfrage unübersehbar. Auch bei FunktionsträgerInnen in der PDS geht es oft über die leidlich korrekte Benutzung der weiblichen und männlichen Sprachform nicht hinaus. Fragt man nach Konzepten, nach konkreten feministischen Politikansätzen, fällt auch den Quer- und Vordenkern in der PDS meist nur noch der §218<sup>17</sup> und die überdurchschnittliche Frauenerwerbslosigkeit ein. Bei tiefergehenden Diskussionen, beispielsweise zu Ehe und Familie, zur Situation von Lesben und Schwulen oder auch zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, wird sehr schnell deutlich, daß von einem allgemeinen antipatriarchalen Selbstverständnis in der Partei noch nicht gesprochen werden kann - zu gering und zu oberflächlich war bisher die Beschäftigung mit solchen Fragen. Eine Akzeptanz feministischer Konzepte gibt es lediglich auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau - bei Männern und bei Frauen.

An der Basis gibt es in der Regel nur verschwommene Vorstellungen davon, was Feminismus konkret sowohl im Parteilalltag als auch in der parlamentarischen Politik auf der kommunalen oder Landtagebene bedeuten könnte. Bislang verstehen sich nur wenige Frauen in der PDS als Feministinnen und auch die Männer in der PDS setzen sich kaum ernsthaft mit dem Feminismus auseinander.

Seit geraumer Zeit gibt es eine Reihe von Indizien für eine schleichende Erosion in Sachen feministischer Politik: Immer wieder müssen Frauen mit großem Kraftaufwand dafür sorgen, daß der „lila Faden“ in die Papiere, Programme, Konzepte, Forderungen etc. hineinkommt. Immer wieder sind engagierte Frauen in der PDS mit der Situation konfrontiert, daß das schon x-mal Gesagte und längst akzeptiert und begriffen Geglaubte wieder und wieder mit großem Kraftaufwand in die Grundsatz- und Strategiepapiere eingebracht werden muß - um es beim nächsten Mal erneut vermissen zu müssen. In jüngster Zeit wird - wenn auch nur vereinzelt - die Quote in Frage gestellt, was in der Anfangszeit der PDS niemand gewagt hätte<sup>18</sup>. Die inhaltliche Weiterentwicklung feministischer Ansätze ist unter diesen Umständen kaum möglich.

Bemerkenswert ist auch, daß aus der Tatsache, daß der PDS von ihren Wählerinnen und Wählern vor allem Kompetenz in Fragen der Gleichstellung der Geschlechter zugeschrieben werden, kein politisches Kapital geschlagen wird. Noch immer zählen Frauen, im Unterschied zu Jugendlichen und GewerkschafterInnen, nicht explizit zur Zielgruppe der PDS.

Die Ursachen dafür müssen sehr ernsthaft aufgespürt werden, wenn sich die PDS als moderne linke Partei profilieren soll. Insbesondere ist dabei der Frage nachzugehen, ob sich diese rückwärtsgerichteten Tendenzen in dem Maße entwickeln, wie die Partei als Normalität in der Parteienlandschaft akzeptiert wird.

Andererseits gibt es auch Fortschritte. So hat z.B. der Landesverband Sachsen auf seinem Parteitag im November 1995 mehrere Beschlüsse zur Verankerung feministischer Politikansätze gefaßt und eine Reihe frauenbewegter Frauen in den Landesvorstand gewählt. In allen Landtagsfraktionen der PDS wird intensive feministische Arbeit geleistet, ebenso im Bundestag. Auch in den verschiedenen Bereichen der außerparlamentarischen Arbeit, in denen Frauen aus der PDS aktiv sind, wie z.B. an den frauenpolitischen Runden Tischen, ist das der Fall.

<sup>17</sup> z.B. Brie, André: Befreiung der Visionen. Für eine sozialistische Erneuerung. Hamburg 1992

<sup>18</sup> Interview mit Petra Pau, ND vom 20./21.1.96

Insgesamt kann gesagt werden, daß sich die PDS von allen anderen Parteien darin unterscheidet, daß in der Parteibasis das Interesse und die Bereitschaft da sind, sich mit dem feministischen Ansatz auseinanderzusetzen. Zugleich ist jedoch der Mangel an Wissen offensichtlich und die Hilflosigkeit entsprechend groß. Die vom Parteivorstand 1995 in Auftrag gegebene Studie „PDS und Feminismus“ belegt das sehr deutlich<sup>19</sup>. In der PDS wäre eine intensive Beschäftigung mit dem Feminismus notwendig. Von ebensolcher Bedeutung ist die Bekämpfung der Dominanz von Männern in der Partei - so die isda-Studie.

## 6. Ausblick

Die PDS ist wichtig, weil sie mit ihrer Politik Menschen ansprechen kann, für die bisher keine der anderen Parteien politisch-weltanschaulich interessant war.

In dieser Situation hat die PDS eine enorme Verantwortung - sie ist derzeit die einzige relevante Partei, die sich als systemkritische Opposition zu kapitalistischen Gesellschaft begreift. Die aus einem solchen Selbstverständnis heraus entwickelten Vorschläge und Forderungen können in besonderer Weise dazu beitragen, daß sich das Denken in der Gesellschaft so verändert, daß die konservative Hegemonie beendet wird und sich die "gesellschaftliche Mitte" nach links bewegt. Dies wäre die entscheidende Voraussetzung dafür, daß bei einem eventuellen Regierungswechsel tatsächlich auch eine andere Politik - hin zu einer progressiven Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse - machbar ist.

Nach der erfolglos gebliebenen Strategie der Ausgrenzung wird die PDS in zunehmendem Maße als Teil der demokratischen Parteienlandschaft der BRD angesehen. Das bedeutet auch, daß die Wahlergebnisse der PDS nun andere Wirkungen haben können, als das bisher der Fall war. Die Beteiligung am Parlamentarismus in einem gesellschaftlichen System, das sehr grundsätzlich kritisiert wird, wirft in einer solchen Lage immer wieder von neuem die Frage nach dem politische Selbstverständnis in der parlamentarischen Arbeit auf.

Im Osten eröffnet sich die Perspektive, an der institutionellen Macht teilzuhaben. Damit ist die Gefahr verbunden, sich im bürgerlichen System zu etablieren. Geschähe dies, würde die Partei wesentlich an Attraktivität verlieren - insbesondere für Frauen, die aufgrund ihrer Situation in dieser Gesellschaft an sehr grundsätzlichen und nicht nur „kosmetischen“ Veränderungen interessiert sind. Das Beispiel der GRÜNEN ist ein Menetekel.

Im Westen hingegen zeigen die Wahlergebnisse, daß systemkritische WählerInnen erst in einem geringen Maße erreicht worden sind. Insbesondere für Frauen, die seit der Verbürgerlichung der GRÜNEN politisch heimatlos geworden sind, könnte die PDS interessant werden. Das aber ist nur mit einem deutlich ausgeprägten feministischen Profil der möglich. Hieran sollte intensiv gearbeitet werden - auch auf die Gefahr hin, daß im Osten der Stimmenanteil sinkt.

Im Zusammenhang mit der grundsätzlichen und unabhängig von aktuellen Wahlen notwendigen Diskussion über Opponieren, Tolerieren und Mitregieren wird sich zeigen, welchen Stellenwert der Feminismus für die PDS tatsächlich hat. Die Inkompatibilität des linken

---

<sup>19</sup> Schröter, U., Ullrich, Renate, Wittich, Dietmar: PDS und Feminismus. Politische Akteurinnen und feministische Politikansätze in der PDS. isda - Institut für Sozialdatenanalyse e.V., Studie Nr. 30. Berlin 1996

Feminismus zur kapitalistischen Gesellschaft ist per se ein Hindernis für Koalitionen und man darf gespannt sein, wie die Partei mit diesem Problem umgehen wird.

Fazit: Die PDS ist noch lange keine moderne linke Partei. Ob sie es tatsächlich wird, wird u.a. davon abhängen, inwieweit sie es lernt, den feministischen Blick tatsächlich zu integrieren und ihn bei jeder Fragestellung, sei sie inhaltlicher oder strategischer Natur, mitzudenken.

### **Lesetips**

Barrett, Michèle (1990): Das unterstellte Geschlecht. Hamburg (Argument).

Bornemann, Ernest (1979): Das Patriarchat. Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems. Frankfurt/Main (Fischer).

de Beauvoir, Simone (1968): Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. Hamburg (Rowohlt).

Dölling, Irene (1991): Der Mensch und sein Weib. Frauen- und Männerbilder. Geschichtliche Ursprünge und Perspektiven. Berlin (Dietz).

Ehrhardt, Ute (1994): Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin. Warum Bravsein uns nicht weiterbringt. Frankfurt/Main (Krüger).

Janssen-Jurreit, Marielouise (1978): Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage. Frankfurt/M. (Fischer) 3. Auflage.

Kurz-Scherf, Ingrid (1992): Nur noch Utopien sind realistisch. Feministische Perspektiven in Deutschland. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachf.).

Schwarzer, Alice (1977): Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen. Frankfurt/Main (Fischer).

Trömel-Plötz, Senta (Hrsg.)(1984): Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen. Frankfurt/Main (Fischer).